

## Die Spielplangestaltung aus christlichem Geiste

Professor Hennig Brinkmann sprach über die Grundlagen einer Typenbesprechung jener Stücke, die eine Beziehung zum christlichen Raum haben. Er teilte die diesbezügliche Dramenliteratur in fünf Ordnungsgruppen ein: 1. Kirche im Theater (z. B. Lavery, Die erste Legion); 2. Gott in der Welt (z. B. Paul Claudel und Max Mell); 3. Die Welt vor dem Gericht Gottes (z. B. Eliot, Mord im Dom); 4. Die Welt auf dem Wege zu Gott (z. B. Thornton Wilder); 5. Die Welt auf der Flucht vor Gott (z. B. Jean-Paul Sartre).

Ausgerüstet mit den Erkenntnissen des Themas „Die Stellung der Kirche zum Theater“ vermochte man zu manchem Gegenwartswerk eine positivere Haltung zu gewinnen. Gerade bei diesem Thema aber wurde durch die Aussprache klar, wie die Verwirklichung eines christlichen Auftrages an das Theater eminent an den Spielleiter gebunden ist, der aus christlicher Welt- und Menschenschau seine Inszenierungen anzulegen vermag.

### Der Schauspieler als Künstler, Christ und Mensch

Dieses Thema von letzter Problematik wurde vor allem von den Schauspielern mit besonderem Interesse aufgenommen. Dr. Heinrich A. Mertens berichtete, anknüpfend an seine Erfahrungen mit Schauspielern und Schauspielschülern, über die Schwierigkeiten, die christliche Schauspielerpersönlichkeit zu bilden. Schon die künstlerischen Kräfte des Schauspielers sind heute oft in ihrer Lauterkeit getrübt und in ihrer Ehrlichkeit gebrochen. Der Schauspieler als Ausdruckskünstler muß wahr sein. Ist er es immer? Als Darstellungskünstler kann er nur wirklich und wirksam sein, wenn er das Virtuosenum überwinden hat und aus einer inneren Welt heraus ein äußeres Bild dieser inneren Welt darstellt. Kann er das immer? Hat er eine innere ganze Welt? Als Wortkünstler muß er das Wort lieben — zu mindest das Wort als große soziale Geisteskraft. Liebt er immer das Wort?

Die eigentliche Erfüllung der künstlerischen Kräfte geschieht jedoch — davon ist der Christ überzeugt — durch Christus, der in Bezug auf die Ausdruckskunst „die Wahrheit“, in Bezug auf die Darstellungskunst „das Leben“, in Bezug auf die Wortkunst „das Wort“ ist. Darum erhält der Schauspieler die eigentliche Grundlage für sein künstlerisches Wirken (und auch für sein menschliches Bestehen) nur durch die Ausbildung des christlichen Menschen- und Weltbildes in sich selbst und durch eine lebendige Gliedschaft in der Gemeinschaft der Kirche. Den Menschen in seinem höchsten Glanz wie in seiner tiefsten Verkommenheit immer als aufbauendes Bild darzustellen, wird ihm nur gegeben, wenn er dieses Christus-Menschenbild in sich lebendig macht. Dies erfordert aber echten, lebendigen, begeisternden Religionsunterricht für den ganzen Nachwuchs. In der Praxis ist das z. B. an den meisten Schauspielschulen eine Unmöglichkeit. Warum? Die Aussprache gab viele, oft harte Antworten.

Aus den künstlerischen Wesenszügen des Schauspielers steigen aber nicht nur die besonderen Aufträge Christi an ihn als christlichen Künstler, sondern aus ihnen steigen auch seine menschlichen Gefährdungen. Soll es tatsächlich in größerem Stil zu einer Schauspielerseelsorge kommen, so ist die Erkenntnis der Gefährdungserde und -arten für den Seelsorger wie für den Schauspielererzieher überhaupt in breiterem Maße notwendig: die Gefährdungen

aus der besonderen Eindrucksfähigkeit des Schauspielers, die Gefährdungen aus der besonderen Ausdrucksfähigkeit und Ausdruckslust, die Gefährdungen aus der Darstellungskraft, die Gefährdungen aus der Tatsache der Maske, die psychischen Gefährdungen aus der künstlerischen Ichspaltung während des Spieles (besonders bei Männern), die psychischen Gefährdungen in gewissen Fächern, wie z. B. die spezielle Gefährdung der Naiven und Sentimentalen durch Perseverierung der Maske (Naive sind nie naiv!) u.a.m. Hier liegen noch gänzlich unbearbeitete pädagogische und seelsorgerische Felder.

### Die praktischen Pläne der Tagung

Hier wurde zum großen Teil auf der schon bestehenden „Aufgabengemeinschaft christlicher Theaterfachleute“ (die bisher den Titel „Das Kleine Welttheater“ führte) aufgebaut. Man schlug vor, den etwas irreführenden Oberbegriff „Das Kleine Welttheater“ fallen zu lassen und durch einen neuen zu ersetzen. Die Aufgaben aber sollen bleiben und sollen, zusammen mit den evangelischen Kollegen, in neuer Intensität angegriffen werden. Die Aufgaben, die sich „Das Kleine Welttheater“ bei seiner Gründung im März 1948 gab, lassen sich etwa so zusammenfassen: Es ist seine Aufgabe,

alle bewußt christlichen Theaterfachleute in der Aufgabengemeinschaft zusammenzuführen, um ihnen in der schwierigen Atmosphäre des Theaters das Bewußtsein einer Gemeinsamkeit in der Aufgabe zu geben: Intendanten, Spielleiter, Dramaturgen, Schauspieler, Bühnenautoren, Theaterverleger, Theaterwissenschaftler, Theaterkritiker. Ihnen allen soll durch die Aufgabengemeinschaft bei der Erfüllung des christlichen Auftrages an das Theater der Rücken gestärkt werden;

die Berufsethik der Glieder zu heben durch berufsethische Bemühungen;

in der Spielplangestaltung der Theater beratend durch die Glieder tätig zu sein — ohne Hinweis auf uns: „Sieh da, das wollen wir Christen...“;

weiterhin, wie dies bisher schon geschah, einzelnen Spielen mit christlichem Verkündigungscharakter den Weg durch das Land zu bahnen, wenn das betreffende Ensemble es wünscht;

das Problem des christlichen Schauspieler- und Spielleiternachwuchses der Lösung näherzubringen;

verschiedene Problemata des Theaters und des Verhältnisses Kirche—Theater in Fachkonferenzen zu erläutern und zu klären, und anderes mehr.

## Meldungen aus der katholischen Welt

### Aus Süd- und Westeuropa

#### Die Gebetsmeinungen des Heiligen Vaters für das Jahr 1950

Der Hl. Vater hat die Gebetsintentionen für das Heilige Jahr 1950 approbiert und gesegnet. Die allgemeinen Intentionen lauten:

- Januar: Für die Heiligung der Seelen durch Gebet und Buße.  
Februar: Für den Frieden der Welt.  
März: Für die allgemeinen und besonderen Intentionen des Hl. Vaters.  
April: Für die Berufungen zum Priestertum.

- Mai: Damit die soziale Gerechtigkeit durchgeführt werde.
- Juni: Damit der Geist der Sühne sich verbreite.
- Juli: Damit die Katholiken stets Gott und der Kirche treu sind.
- August: Für die Bekehrung der Gottlosen und der Irrenden.
- September: Für die Verteidigung der Rechte der Kirche.
- Oktober: Für die Werke der Caritas an den Notleidenden.
- November: Für den Schutz der Heiligen Stätten.
- Dezember: Für die Erneuerung der Familien durch die Eucharistie.

Die Gebetsintentionen für die Missionen lauten:

- Januar: Für die von der Gottlosenpropaganda bedrohten Missionen.
- Februar: Für die Christen Japans.
- März: Für die Entfaltung der Kirche unter den Negern Amerikas.
- April: Für die Missionen in Uganda, Kenya und Tanganyika.
- Mai: Für die soziale Frage in Indien.
- Juni: Für die Heiligung des Eingeborenenklerus.
- Juli: Für die Christen, die unter den Mohammedanern leben.
- August: Für die Bekehrung der Protestanten in den Missionen.
- September: Für die Indianer von Südamerika.
- Oktober: Für den Beistand an den Kranken in den Missionen.
- November: Für die Freiheit und Entwicklung der katholischen Schulen.
- Dezember: Damit die Kirche der Philippinen ihren Einfluß im Fernen Osten fühlbar mache.

**Pax Christi-Pilger in Lourdes**

Die Pax Christi-Bewegung, „Gebetskreuzzug für den Frieden“, die der heutige Bischof von Lourdes und Tarbes sofort nach Beendigung des Krieges ins Leben gerufen hat (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 1, Heft 4, S. 157, Heft 6/7, S. 252, Heft 11/12, S. 500, Jhg. 2, Heft 2, S. 57), hat in den letzten Julitagen ihre alljährliche Pilgerfahrt nach Lourdes gemacht. Teilgenommen haben mehr als 20 000 Pilger aus 36 Nationen. Diese Pilgerfahrten nach Lourdes stellen für die Mitglieder der Pax-Christi-Bewegung auch stets ihren Jahreskongreß dar. Die Tagung stand unter dem Patronat Kardinal Schusters von Mailand, den der Hl. Vater als seinen Stellvertreter abgesandt hatte. Das Generalthema des Kongresses war das Königtum Christi, über das an zwei aufeinanderfolgenden Tagen Männer so verschiedener Art und Kultur sprachen wie Msgr. Garrone, Erzbischof Koadjutor von Toulouse, und Msgr. Schröffer, Bischof von Eichstätt. Die Schlußansprache hielt Kardinal Gerlier, Erzbischof von Lyon.

Die Pax-Christi-Bewegung zählt heute 1 Million Anhänger, deren 250 000 Franzosen sind.

**Tagung der Seelsorger der Katholischen Aktion für das Land in Frankreich**

Die Seelsorger der Katholischen Aktion für das Land (Action Catholique rurale) haben kürzlich ihre jährliche Tagung in Versailles abgehalten, in der sie sich über die jeweilige Lage ihres Arbeitsbereichs aussprechen und den Arbeitsplan für das

kommende Arbeitsjahr aufstellen. Man hört in der letzten Zeit häufig von einer Krise der spezialisierten Bewegungen der Katholischen Aktion in Frankreich sprechen, sowohl in katholischen Kreisen überhaupt als auch innerhalb der Bewegungen selber. Die Untersuchung der Berechtigung dieser Klage bildete naturgemäß das Hauptthema der Tagung der Seelsorger.

Man kann Frankreich — wie es der Bericht der „Croix“ vom 11. 8. 1949 über diese Tagung tut — in drei Bereiche nach den verschiedenen religiösen Zuständen einteilen: 1. drei Blocks „christlicher“ Gegenden, einen im Westen, einen im Osten und einen in Südmittelfrankreich, im ganzen etwa 30 Diözesen umfassend, 2. einen breiten Korridor Nord-Mitte-Süd, der ungefähr 45 Diözesen umfaßt, der gleichgültig in religiösen Dingen ist, und 3. einige wenige, ziemlich verstreute Inseln, die ausgesprochenes „Missionsland“ sind. Diese Einteilung betrifft natürlich nur das Land; für die Städte sind die Verhältnisse andere. Dieser Landbevölkerung tritt nun die Katholische Aktion für das Land entgegen und sucht ihr eine religiöse Kultur, ein „Klima“ zu geben.

Soweit man etwa von der Abonnentenzahl der verschiedenen Zeitschriften der Katholischen Aktion auf das Ansehen der Bewegung schließen kann, hat sich hier in den letzten Jahren nichts Wesentliches geändert. Einige Periodica haben Abonnenten verloren, andere dafür aber wieder welche gewonnen, so daß es sich völlig ausgleicht. Die Krise ist also keine „quantitative“, sondern eine qualitative. Man spricht davon, daß die Katholische Aktion für das Land mit veralteten Formeln arbeite. Man erhebt den Vorwurf, die Aktivisten seien „Naturalisten“, gäben „dem Zeitlichen den Vorrang“ und „entfremdeten sich den Aufgaben der Kirche“. Diese Vorwürfe richten sich übrigens nicht nur gegen die Katholische Aktion auf dem Land, sondern gegen alle spezialisierten Bewegungen insgesamt.

Die Formel, die einige für den gegenwärtigen Stand der Dinge vorschlagen, ist überhaupt nicht mehr: „Katholische Aktion“, sondern: „Mission“. Damit soll vor allem die Aktivität des Laien wieder wirklich missionarisch gemacht, die des Priesters dagegen „entnaturalisiert“ und wieder auf das Spirituelle im eigentlichen Sinn gelenkt werden, womit die Gefahr eines neuen Klerikalismus, den man aufkommen sieht, abgewendet wäre. Die Laien selber sollten sich nicht allzusehr auf die zeitlichen Dinge werfen, sondern ebenfalls ihre erste Aufgabe darin sehen, „Zeugnis abzulegen“. Kluge und vorsichtige Aktivität wird also eine wirkliche Gefahr der spezialisierten Bewegungen angesehen, und man muß dafür sorgen, daß die Aktivisten nicht aus Sorge, sich „nicht von der Masse zu trennen“, sich von der Kirche trennen.

Was das Übergewicht des Zeitlichen anbelangt, so ist für die Laien gewiß eine gesunde Spiritualität vonnöten, und man ist gegenwärtig dabei, eine solche auszuarbeiten.

Auf dem Land kommen zu diesen allgemeinen Problemen der Katholischen Aktion der spezialisierten Bewegungen noch einige besondere Schwierigkeiten hinzu, die sich besonders aus der im Vollzug begriffenen Umwälzung des gesamten ländlichen Lebens und Lebensstils ergeben. Die Landarbeit industrialisiert und spezialisiert sich. Es gibt nicht mehr nur ein einziges ländliches Milieu, sondern eine Anzahl verschiedener Milieus mit verschiedener Mentalität, die auch auf verschiedene Weise von der Katholischen Aktion erreicht werden müssen. Dazu kommt, daß die wissenschaftlichen Entdeckungen, die den Schleier

von einer großen Zahl von Naturerscheinungen gezogen haben, der natürlich religiösen Haltung des Landmanns einen schweren Stoß versetzt haben. Die Religion erschien auf dem Land stets in enger Verbindung mit dem Rhythmus der Erde, seinem gleichmäßigen Ablauf. Es geschah nie etwas Neues. Heute hat die Wissenschaft diese Statik zerbrochen und Hoffnungen, geweckt, man könne alles ändern und beeinflussen. Unter diesen Eindrücken muß eine ganz neue Bindung zwischen der neuen Bedeutung der menschlichen Arbeit und den geistig-religiösen Werten gesucht werden.

Es handelt sich also in erster Linie darum, eine ganz spezifische Laienspiritualität zu finden, in der Arbeit und tägliches Leben einerseits und Religion andererseits nicht getrennte Bereiche ohne Bezug aufeinander wären.

Wie kann man Gott in der Arbeit finden? Das ist das Problem. Der Grundgedanke wird dabei der sein müssen, daß alle menschliche Arbeit Mitarbeit an der Schöpfung ist. Aus diesem Gedanken erhalten Liebe und Zeugung ihren übernatürlichen Wert, ebenso aber auch Arbeit, Kunst und Wissenschaft; und selbst Wirtschaftsordnung, Sozialordnung und Politik haben an dieser Mitarbeit an der Schöpfung teil, insofern sie die Gegebenheiten dieser Welt ordnen.

Die Bewegung der Katholischen Aktion für das Land feiert in Frankreich 1950 ihr 20jähriges Bestehen. Zum erstenmal seit dem Krieg wird sie einen großen Kongreß veranstalten, und sie rechnet damit, daß sich hier ihre ganze Vitalität glänzend manifestieren wird.

**Statistik der kommunistischen Parteien und ihre Bedeutung**

Die „Documentation Catholique“ veröffentlicht in Ihrer Nummer vom 31. Juli einen Artikel über „Die neue Politik der kommunistischen Partei in

Frankreich“, die ein reiches und aufschlußreiches statistisches Material enthält. So teilt sie mit, daß die sowjetische Zeitschrift „Voprossy Ekonomiky“ folgende Angaben gemacht hat: Die kommunistische Partei zählt heute ungefähr 20 Millionen Mitglieder; von diesen kommen auf die Sowjetunion 6 Millionen; die Tschechoslowakei hat 1 Million Mitglieder, Bulgarien 500 000, Polen 1 Million, Rumänien 1 Million, Ungarn 1 Million, die deutsche Ostzone 1 800 000, die deutschen Westzonen 450 000, Frankreich 1 Million, Italien 2 283 000, Österreich 150 000, Dänemark 60 000, die Niederlande 55 000, Belgien 100 000, Norwegen 33 000, Finnland 35 000, England 50 000, die Vereinigten Staaten 74 000, Brasilien 200 000, Kuba 50 000, Argentinien 30 000, Mexiko 36 000, Peru 35 000, Japan 1 150 000, China 3 Millionen, Indien 500 000. Die russische Zeitschrift gibt keine Statistik für Kanada, die Schweiz, Chile, Griechenland, Portugal und Spanien, weil dort die kommunistische Partei nicht offiziell besteht oder verboten ist.

*Die kommunistische Partei in Frankreich*

In Frankreich hat die kommunistische Partei im Jahr 1946 eine Million Anhänger bekanntgegeben. Seither hat sie nie mehr Gesamtziffern angegeben, weil ihre Bestände stark zurückgegangen sind. Das politische Büro sieht sich genötigt, den Aktivisten einen methodischen Feldzug zur Werbung von Anhängern ans Herz zu legen.

Die kommunistische Gewerkschaftsorganisation CGT hat 1946 6 Millionen Mitglieder gehabt, heute jedoch nur

noch ungefähr 2 Millionen. Auch die kommunistische Presse ist stark zurückgegangen. Sie erschien 1945 in einer täglichen Auflage von 520 000 Exemplaren. In den ersten Monaten 1949 hatte sie nur noch eine Auflage von 260 000. Auch die Gelder der Partei gehen zurück. Eine Subskription im Jahr 1946 hat 52 500 000 Francs eingebracht, eine gleiche im Jahr 1948 nur 10 850 000 Francs, und das, während der Franc nur noch die Hälfte des Wertes besitzt. Die regelmäßigen Beiträge gehen nur langsam ein, worüber das Blatt der Parteileitung ständig Klage führt.

*Was bedeutet diese Lage?*

Das „Bulletin de l'Association d'études et d'informations politiques internationales“, aus dem die „Documentation Catholique“ den Bericht übernommen hat, warnt nun aber davor, aus dieser Statistik den Schluß zu ziehen, die kommunistische Partei befinde sich in einem Rückgang. Was hier in Frankreich in den letzten drei Jahren in der kommunistischen Partei vor sich gegangen ist und entsprechend auch in einer Reihe von andern Ländern vor sich geht, ist ein Prozeß der inneren Straffung. Große Massen von „Mitläufern“ sind fallen gelassen worden; ganz besonders hat man sich von all denen gelöst, die zur Zeit der Widerstandsbewegung mit einem starken nationalen Affekt der kommunistischen Partei beigetreten sind. Heute ist die strenge doktrinäre Richtung wieder ans Ruder gekommen, und die kommunistische Partei wird mehr und mehr in eine scharfe und bewegliche Waffe der kommunistischen Zentrale in Moskau umgeschmiedet. Die Verschmelzung mit nationalen Elementen, wie sie in Jugoslawien zu der Loslösung Titos geführt hat, soll aufgegeben werden, um eben dieser Gefahr des Abfalls vorzubeugen. Als Werkzeug Rußlands ist eine kommunistische Partei mit wenigen Anhängern, die dafür aber Moskau ergebener sind, wichtiger.

**Die französische katholische Gewerkschaft und der Kommunismus**

Frankreich gehört zu den Ländern, die eine Mehrheit von Gewerkschaftsorganisationen besitzen. Die großen französischen Gewerkschaften entsprechen in der Hauptsache den weltanschaulichen Gruppen. Die stärkste ist der „Allgemeine Gewerkschaftsverband“ (Confédération Générale des Travailleurs, abgekürzt CGT). Dieser untersteht durchaus dem kommunistischen Einfluß und ist vollkommen politisiert. Daneben ist jedoch auch der „christliche Gewerkschaftsbund“ (Confédération Française des Travailleurs Chrétiens, CFTC) von wachsendem Gewicht. Von der CGT abgespalten hat sich die sozialistische Gruppe der „Force Ouvrière“, abgekürzt FO.

Die CFTC kämpft mit Nachdruck darum, politische Einflüsse aus den Gewerkschaften fernzuhalten; sie sieht als die einzige Aufgabe der Gewerkschaften an, die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. Es ist klar, daß für jeden wirklichen Erfolg der gewerkschaftlichen Forderungen in den wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Einsatz der CFTC nicht genügt; um einen Sieg gegenüber den entgegenstehenden Kräften zu erringen, ist immer ein Bündnis mit anderen gewerkschaftlichen Kräften notwendig. Die christliche Gewerkschaft kämpft daher in sehr vielen Einzelfällen an der Seite der kommunistischen. Natürlich wird ihr das zum Vorwurf gemacht, ganz besonders in Unternehmerkreisen, die behaupten, sie sei kommunistisch infiziert. Diese Vor-

würfe wurden aufgegriffen in Kreisen der „Force Ouvrière“. Man hat versucht, den christlichen Gewerkschaftsbund durch solche Gerüchte zu spalten, was jedoch nicht geglückt ist. Auf dem Nationalkongreß der CFTC in Paris vom 4. bis 6. Juni wurde der vorgelegte Moralrapport einstimmig gebilligt und der bisherige Präsident, Gaston Tessier, wiedergewählt, womit die Treue zur Überlieferung bestätigt worden ist.

#### Die Erklärung des Nationalkongresses der CFTC

Der Generalsekretär der CFTC, Maurice Bouladoux, hat, um den verschiedensten Angriffen entgegenzutreten, in der Wochenzeitung „Clergé-Informations“ den erwähnten Rapport des Nationalkongresses im Wortlaut wiedergegeben und die Stellung der christlichen Gewerkschaften klargelegt. Der Rapport lautet:

„Gegenüber dem Bündnis der reaktionären Kräfte hält der Kongreß der CFTC eine Aktionsgemeinschaft der Gewerkschaftsorganisationen durch Kartelle, der normalen Ergänzung eines gewerkschaftlichen Pluralismus, für wünschenswert; er bedauert, daß diese Aktionsgemeinschaft infolge des Eindringens der Politik in das Gewerkschaftsleben unmöglich ist; er beglückwünscht sich, daß die CFTC an dieser beklagenswerten Lage keine Verantwortung hat.

In Übereinstimmung mit den überlieferten Prinzipien des christlichen Gewerkschaftswesens kann der Kongreß jedoch den Zusammenschluß zu Kartellen zwischen Gewerkschaftsorganisationen verschiedener Richtung nicht verbieten, vorausgesetzt, daß diese Übereinkünfte zeitlich begrenzt und auf streng berufliche Ziele gerichtet sind und daß sie im Rahmen der Richtlinien des Verbandes unter der Verantwortung der einzelnen Verbände eingegangen sind. Er verurteilt jede Aktionsgemeinschaft auf örtlicher oder Betriebsbasis, die diesen Prinzipien nicht entspricht und ohne Zustimmung der betreffenden Gewerkschaften geschlossen worden ist“.

#### Warum nicht Einheitsgewerkschaft?

Freunde und Gegner der CFTC haben in der Vergangenheit immer wieder versucht, eine Einheitsgewerkschaft in Frankreich durch Verschmelzung der CFTC mit der CGT zustande zu bringen. Die CFTC hat das aber immer für einen falschen Weg gehalten. Bei einer Mehrheit von Gewerkschaftsorganisationen, die aber kartellartig zusammengefaßt sind, kann jede Gruppe jederzeit ihre Freiheit zurücknehmen. Minderheiten können nicht gezwungen werden, an Handlungen teilzunehmen, die sie mißbilligen, die aber die Mehrheit durchsetzen würde. Dem Unternehmertum gegenüber würden die Kräfte der Arbeiterschaft jedoch stets zusammengefaßt auftreten können.

Heute scheint, so sagt M. Bouladoux, in Frankreich eine Woge von Reaktion hochzukommen, der gegenüber es beklagenswert ist, daß nicht alle gewerkschaftlichen Kräfte in einem Kartell zusammengefaßt sind. Aber die christlichen Gewerkschaften können sich mit der kommunistischen CGT nicht in Fragen allgemeinen Charakters zusammenschließen. Das ist aus weltanschaulichen Gründen klar. Ein Zusammenschluß kann immer nur in beruflichen Fragen stattfinden; diese sind genau umschreibbar: sie betreffen den Abschluß von Kollektiv-Verträgen, das Durchsetzen von Lohnforderungen, die Verteidigung der Arbeitsbedingungen usw. In diesen Fragen sucht die

christliche Gewerkschaft den Zusammenschluß mit den andern Gewerkschaftsorganisationen. Denn es wäre für die Durchschlagskraft der Forderungen der Arbeiterschaft sehr schädlich, wenn die verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen, wenn sie das gleiche Ziel haben, nicht in Übereinkunft miteinander handeln wollten; wenn sie z. B. einen Streik, der allen notwendig erscheint, nicht gleichzeitig durchführen würden. Solcher Beispiele gibt es zahlreiche.

Damit handelt der christliche Gewerkschaftsbund in Frankreich also genau nach den Richtlinien der Hierarchie. Er hält sich von der Zusammenarbeit mit der kommunistischen Organisation fern, wo immer es sich um Weltanschauung oder auch nur um Politik handeln könnte. Er geht jedoch mit ihr zusammen, wenn die sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben die gleichen sind.

#### Der Tod Msgr. Hughes'

Kürzlich ist in Kairo der Apostolische Internuntius für Ägypten, Msgr. Arthur Hughes, ganz plötzlich gestorben. Msgr. Hughes war erst seit zwei Jahren in dieser Stellung tätig, nachdem er jahrelang in afrikanischen Missionen gearbeitet hatte. Auf seine außerordentlich vielseitige und den Fragen der Gegenwart offene Persönlichkeit hatte man große Hoffnungen gesetzt, und es war ihm in kurzer Zeit auch bereits gelungen, an jenem Knotenpunkt zahlreicher Religionen und Kirchen einen bedeutenden und segensreichen Einfluß zu gewinnen. Wir hatten in der Herder-Korrespondenz schon einmal Gelegenheit, darüber zu berichten in unserem Artikel „Ökumenisches Kraftzentrum Ägypten“ (3. Jhg., Heft 7, S. 336). Sein Tod hat denn auch nicht nur bei den Christen seines Wirkungsbereiches, sondern auch bei den verschiedensten anderen Religionsgemeinschaften und führenden Männern Ägyptens große Trauer hervorgerufen. Die Liga der arabischen Staaten hat durch ihren Generalsekretär Abdel Rahman Azzam, folgendes Beileidstelegramm an den Heiligen Vater gerichtet:

„Anläßlich des schmerzlichen und vorzeitigen Hingangs Msgr. Arthur Hughes' bitte ich, Seiner Heiligkeit meine ergriffene Anteilnahme übermitteln zu wollen. Der verstorbene Msgr. Hughes hat es verstanden, sich die Freundschaft und Achtung der arabischen Welt durch seine Rechtlichkeit und die edlen Gaben seines Geistes und Herzens zu gewinnen; sein Andenken wird in unseren Geistern unauslöschlich bleiben“.

Auch König Faruk von Ägypten hat dem Heiligen Stuhl durch seinen bevollmächtigten Vertreter seine tiefgefühlte Anteilnahme aussprechen lassen. Der ägyptische Bevollmächtigte hat auch seinerseits der tiefen Bewunderung und Sympathie Ausdruck gegeben, die Msgr. Hughes als „bedeutender Vorkämpfer einer fruchtbaren geistlichen Vereinigung“ genossen hat.

#### Aus Ost- und Südosteuropa

#### Feldzug der Irreführung in der Tschechoslowakei

Die klarblickenden Katholiken in der Tschechoslowakei haben, wie das Londoner „Tablet“ (23. 7. 49) erfährt, das Dekret des Heiligen Offiziums gegen den Kommunismus begrüßt. Zwar mußten schon jetzt einzelne Priester darunter leiden. Sie wurden von Volksgerichten verurteilt, weil sie das Dekret in der Seelsorge

anwendeten. Doch haben sie damit den übrigen Katholiken ein Beispiel gegeben. Die Entscheidung ist nun für alle führenden Menschen unabwendbar geworden, da die Kommunisten einen Feldzug zur Irreführung des Volkes begonnen haben, wie er bis dahin ohne Beispiel ist. Sie entfalten eine pseudo-kirchliche Aktivität, die dem Beobachter als das ungeheuerlichste psychologische Experiment und die dreisteste Spekulation auf die Urteilslosigkeit der Massen erscheint, die jemals von Demagogen unternommen wurde. Die kommunistische Partei hat eine „Katholische Aktion“ ins Leben gerufen, gibt „katholische“ Zeitungen heraus, organisiert Wallfahrten, erhöht Priestern und Religionslehrern die Gehälter.

Diese groteske Taktik geht nach einem Bericht von „Clergé-Informations“ (29. 7. 49) auf die Beschlüsse der Karlsbader Kominform-Tagung am 11. und 12. Februar zurück. Damals, zur Zeit des Mindszenty-Prozesses, stand die Frage zur Debatte, wie man die katholische Kirche in den Oststaaten zweckmäßiger unterhöhlen könne, als es in Ungarn geschehen war. Man erkannte, daß die ländliche Bevölkerung in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei für den Atheismus nicht reif ist. Selbst die vielen neuen Kommunisten trugen Bedenken, mit der religiösen Tradition zu brechen. Die kommunistische Mystik zeigte nicht die Kraft, ihnen die Religion zu ersetzen. So entschloß man sich zu dem Versuch, eine eigene Pseudo-Kirche aufzuziehen, wenn möglich in der Form der Durchdringung der kirchlichen Organisation, notfalls aber auch in Konkurrenz mit ihr. Als Ziel dieser Aktion schwebte den Männern jener Versammlung eine romfreie „katholische“ Ostkirche vor. Die Tschechoslowakei schien ihnen ein günstigeres Versuchsfeld zu sein als Polen. Es gab dort einige Geistliche, deren man sich bedienen konnte, und der Klerus im ganzen mochte anfälliger sein. Vor allem aber hatte die hussitische Bewegung schon einmal bewiesen, daß auf böhmischem Boden das religiöse Empfinden für nationalistische und sozialistische Einflüsterungen empfänglich ist.

Was sich seitdem in der Tschechoslowakei abspielt, ist die genaue Abwicklung dieses Planes. Es gibt einige Geheimanweisungen der kommunistischen Partei, die dafür bezeichnend sind. In einem Zirkular an die Funktionäre des Bezirks Gottwaldov (wie die Bata-Stadt Zlin jetzt heißt) wird gesagt: „Wir werden (die Priester und die Hierarchie) von den breiten Massen des Volkes isolieren und dann der Zusammenarbeit mit Landesverrätern anklagen“. In einem anderen Rundschreiben, das die „Neuen Züricher Nachrichten“ (28. 7. 49) veröffentlicht, heißt es: „Man darf niemals mit der Religion oder religiösen Angelegenheiten Spott treiben; denn das würde viele Menschen und vor allem die Katholiken alarmieren. Die Gottlosenbewegung darf niemals öffentlich unterstützt werden. Der Papst darf nicht lächerlich gemacht werden. Auf der ganzen Linie darf kein öffentlicher Kampf gegen die Religion geführt werden, und man hüte sich unter allen Umständen vor unbedachtem und übereiltem Auftreten. Im Gegenteil, man muß vielmehr jede religiöse Äußerung unterstützen“.

#### *Feste Haltung des Klerus*

Was den Klerus angeht, so sind die Erfolge der kommunistischen Propaganda bisher gering. Der Klerus von Prag hat am 17. Juli eine Treuekundgebung verlesen, in der es heißt: „Der Öffentlichkeit ist vor kurzem bekanntgegeben

worden, daß ein großer Teil des katholischen Klerus sich entschlossen hat, die Bewegung der sogenannten „Katholischen Aktion“ zu unterstützen. Da dieser Bericht nicht der Wahrheit entspricht, und da die meisten unserer Unterschriften durch List, Zwang und Betrug gewonnen worden sind, haben wir erwartet, daß die zuständigen Behörden, deren Aufgabe es ist, die Ehre des Bürgers zu schützen, dieses falsche Gerücht berichtigen würden. Da dies nicht geschehen ist, halten wir es für zweckmäßig, unserer Öffentlichkeit folgende Erklärung abzugeben:

Wir, die katholischen Priester, erklären, daß wir treu und ehrfurchtsvoll verbunden mit unserm geliebten Erzbischof Dr. Beran und allen tschechoslowakischen Bischöfen und bereit, mit ihnen, wenn es nützt, zu leiden, die sogenannte „Katholische Aktion“ als nichtkatholisch und schismatisch verwerfen... Das gläubige Volk würde sicherlich hinter uns stehen, wenn es Gelegenheit zu freier Meinungsäußerung hätte.

Wir geben diese Erklärung ab unter Berufung auf die Bestimmung der Verfassung, welche die religiöse Freiheit und die Freiheit der Meinung gewährleistet. Sie wird abgegeben in Freiheit und ohne Zwang, so daß unsere Namen nicht mehr länger mißbraucht werden dürfen in falschen Berichten, die davon erzählen, daß tausende von Priestern und Gläubigen die „Katholische Aktion“ stützen und daß unsere guten Bischöfe uns mit Kirchenstrafen bedrohen...“

Es handelt sich hier um keine leeren Worte. Der Klerus ist weit überwiegend der Pflicht nachgekommen, die beiden bischöflichen Hirtenbriefe vom 19. und 26. Juli zu verlesen, die geheim verbreitet worden waren und nur unter großem persönlichem Risiko verkündet werden konnten. Wie das eine der erwähnten kommunistischen Zirkulare sagt, wurde der erste Hirtenbrief von 55%, der zweite von 90% der Pfarrer verlesen. Der Prozentsatz der Verlesung ist hoch, wenn man berücksichtigt, daß die Hirtenbriefe sicherlich nicht überallhin gelangt sind. Einige wenige fügten der Verlesung noch einen Kommentar hinzu. Diejenigen, die die Briefe trotz polizeilicher Warnung verlesen haben, werden mit Geldstrafen von 1000—5000 Kronen belegt werden, die Geistlichen dagegen, die noch eigene Ausführungen hinzufügten, sollen Gehaltssperre und Gerichtsverfahren gewärtigen, wie das Zirkular ankündigt.

Am 23. und 24. Juli ging ein geheim verbreitetes kirchliches Rundschreiben durchs Land, das unterschrieben war: „Eure Brüder in Christus“. Man vermutet, daß es vom Episkopat ausging. Es richtet sich in erster Linie an den Klerus, fordert ihn auf, die angekündigte Geldstrafe nicht zu zahlen, sondern das Gefängnis vorzuziehen und gegen den Mißbrauch des eigenen Namens für Zwecke der „Katholischen Aktion“ öffentlich zu protestieren. Das Rundschreiben nennt auch Zahlen, die die Angaben der Regierung über die Haltung des Klerus richtigstellen. In der Erzdiözese Prag waren bis dahin 3 von 650, in Königgrätz 2 von 700, in Budweis keiner von 450 Priestern exkommuniziert worden. Von 33 Prager Geistlichen, die zunächst das Manifest zugunsten der „Katholischen Aktion“ unterzeichnet hatten, haben 25 ihre Unterschrift zurückgezogen. Der Berichterstatter des „Tablet“ schätzt, daß etwa 170 von 6000 Priestern der Bewegung beitraten, nicht 2300, wie die Regierung behauptet. Unter den von ihr bekanntgegebenen Namen befinden sich Tote und reine Phantasienamen.

„Einer der bedeutendsten katholischen Prälaten des Landes“ erklärte dem Vertreter der „New York Times“ (28. 7. 49), von den 7000 bis 8000 Priestern unterstützten nur 20 die Sache der Regierung. Nur 16 Priester und 200 bis 300 Laien seien exkommuniziert, ohne daß ihre Namen bekanntgegeben wurden. Dagegen seien etwa 120 bis 130 Geistliche im Gefängnis.

#### *Erzbischof Beran*

Dieser Prälat äußerte sich auch über Erzbischof Beran. Die Regierung behauptet, daß Msgr. Beran, der in seinem Hause abgeschlossen lebt, Besuche zurückweise. Tatsächlich wünscht er, mit der Außenwelt in Kontakt zu bleiben, aber die Polizei läßt niemanden vor. Juristisch gesprochen steht er unter Polizeiaufsicht. Er darf sein Palais nur unter Polizeischutz verlassen. Seine Post wird durchgesehen, und er darf nicht frei telefonieren.

#### *Staatskontrolle der Kirche*

Was man mit der Kirche abgesehen von dem Propagandafeldzug vorhat, zeigt der am 15. Juli bekanntgegebene Gesetzesentwurf, den das Zentrale Aktionskomitee der kommenden Parlamentssession im Oktober vorzulegen gedenkt. Der Entwurf sieht vor, daß der Staat die Entscheidung über die Besetzung aller geistlichen Ämter haben soll, wie er andererseits allen Geistlichen Staatsgehälter gewähren will, sofern sie nicht von Gerichten verurteilt wurden oder „vom nationalen Standpunkt untragbar“ sind. Die Kirche soll dafür einer staatlichen Kontrolle ihres Vermögens und Einkommens unterworfen werden und darüber hinaus der Überwachung aller ihrer Verwaltungsmaßnahmen. „The Tablet“ (23. 7. 49) bemerkt dazu: Reinsten Josephinismus! Nur steht er hier im Dienst eines andern Zieles. Die tschechische Propaganda in den protestantischen Ländern des Westens bemüht sich, die Sache so darzustellen, wie wenn man nichts anderes vor habe als Heinrich VIII. in England. Immer wieder wird das Argument von der feindseligen Einmischung des Vatikans in Staatsangelegenheiten herangezogen, um das Volk zu düpiieren.

#### *Umerziehung des Klerus*

Zur Propaganda im Lande und zum Druck auf die hierarchische Organisation der Kirche tritt als dritte Unternehmung der Kommunisten der Versuch, sich der Erziehung immer vollständiger zu bemächtigen. Man glaubt offenbar, selbst den Klerus oder doch wenigstens seinen Nachwuchs umerziehen zu können. Schon seit Juni sind in allen Bildungsanstalten des künftigen Klerus staatliche Kurse für Soziallehre angeordnet, die am 10. September mit einem obligatorischen Examen abgeschlossen werden, von dessen Bestehen die Fortsetzung des Studiums abhängig gemacht wird.

#### *Das Endziel*

Damit auch das letzte Ziel nicht aus den Augen verloren wird, hat man inzwischen in Prag auch eine Gottlosenbewegung gegründet, an deren Spitze hohe offizielle Persönlichkeiten stehen. Wie amerikanische Zeitungen aus Prag berichten, betreibt die Gesellschaft der „Bürger der Tschechoslowakei ohne Religion“ ihre lebhafteste Werbung

in erster Linie in den Kreisen abtrünniger Katholiken. Da und dort wird der Mitgliedschein schon als Voraussetzung für die Erlangung eines Arbeitsplatzes verlangt.

#### **Das Dekret gegen den Kommunismus in Polen**

Gleichzeitig mit der Kunde von dem Lubliner „Wunder“ verbreitete sich in Polen die Nachricht von dem Dekret des Heiligen Offiziums gegen den Kommunismus zum Erstaunen der Regierung binnen wenigen Tagen im ganzen Lande, obwohl Presse und Rundfunk es nicht bekanntgeben durften. Die Regierung ließ dem Bischof Choromanski als Bevollmächtigtem des Episkopates ihre Stellungnahme dazu übermitteln, in der es heißt: „Die vatikanische Entscheidung kam wie der Atlantikpakt und die anderen Akte der politischen Aggression zustande durch das Werk jener imperialistischen Kreise, die im Zuge ihrer Weltoberungspläne den Boden für einen neuen Krieg bereiten. Wiederum erregen sie die übelsten aggressiven und revisionistischen Instinkte gegen Polen, ganz besonders in Deutschland... Die führende Gewalt im neuen polnischen Staat ist die Vereinigte Arbeiterpartei, die mit anderen demokratischen Parteien zusammenarbeitet. Wer Mitglieder der Arbeiterpartei zu diskriminieren versucht, unternimmt es, diese Partei umzustürzen und macht sich so eines Angriffs gegen den Staat schuldig“.

Die Erklärung stellt sodann fest, daß das Dekret dem geltenden polnischen Recht widerspricht und deshalb in Polen weder verkündet noch ausgeführt werden darf. Die Geistlichen dürften sich auf keinen Fall an Direktiven halten, die von ausländischen Zentralstellen im Gegensatz zur polnischen Staatsraison erlassen würden. Wenn die Priester mit dem Staate zusammenarbeiten wollten, würden sie sich seines Schutzes erfreuen. Aber „der Staat wird mit aller Härte des Gesetzes einen jeden verfolgen, der in Reden oder Versammlungen die öffentliche Ordnung stört, auf eine Schwächung der volksdemokratischen Verfassung hinarbeitet oder die Errungenschaften des arbeitenden Volkes beeinträchtigt. Die Staatsbehörden erwarten, daß die Gesamtheit des einsichtigen Klerus in dieser Sache eine patriotische Haltung einnehmen wird, im Einklang mit der Würde der Nation und den Interessen des Staates“.

Zum Schluß bezeichnet die Erklärung das Dekret des Heiligen Offiziums als „einen abenteuerlichen Versuch zur Einschüchterung der Gläubigen, um sie gegen die Macht des Volkes und Staates aufzuheizen, einen Versuch des Vatikans, sich in innere polnische Angelegenheiten einzumischen, und eine Angriffshandlung gegen Polen“. Nach einem Bericht des Vatikanischen Senders sind auf einer neueren Zusammenkunft der Komintern in Schlesien Beschlüsse gefaßt worden, auf Grund deren auch in Polen die Entwicklung eingeleitet werden soll, die wir in der Tschechoslowakei beobachten: die Schaffung einer kommunistischen Pseudo-Kirche. Wie im Nachbarlande sollen drei Gruppen von Maßnahmen zu diesem Ziel führen: die Spaltung des Klerus, der finanzielle Druck auf die Kirche und die vollständige Beeinflussung des gesamten Erziehungswesens.

#### **Wunder oder Tricks?**

Fast gleichzeitig werden aus Ungarn, Rumänien und Polen wunderbare Erscheinungen der Muttergottes gemeldet, die sich im Laufe der letzten Monate ereignet haben sollen und eine große

Aufregung unter der Bevölkerung verursachten. In Lublin begann am 3. Juli die Statue der Madonna in der Kathedrale zu „weinen“. Die Kunde davon verbreitete sich von Mund zu Mund und durchheilte binnen wenigen Tagen das ganze Land. Obwohl Bischof Kalwa am 10. Juli durch eine Kanzelverkündigung erklären ließ, daß die Gerüchte von diesem Wunder grundlos seien, strömten täglich bis zu 100 000 Menschen herbei. Am 13. Juli brach unter der Überfüllung eine Balustrade im Dom zusammen, wobei über 20 Personen verletzt und eine getötet wurden. Die Kirchenbehörde forderte die Polizei auf, die Kathedrale zu schließen, doch dies Ersuchen wurde mit Rücksicht auf die Erregung des Volkes abgelehnt. Die Behörden sperrten den Fahrkartenverkauf nach Lublin, aber die Leute kamen bis von Warschau her zu Fuß.

In Ungarn „erschien“ die heilige Jungfrau in dem kleinen Ort Hasznos am Matragebirge, in der Diözese Erlau. Bald darauf sprang eine Heilquelle aus dem Boden. Auch zu diesem Wunderort strömte das Volk, und Erzbischof Czypik mußte dagegen einschreiten. Er stellte fest, daß die „Wunder“ von Hasznos jeder Grundlage entbehren, und fährt dann fort: „Besorgniserregend sind die finanziellen Hintergründe... Die Pilger ließen dort ganz beträchtliche Summen, über deren Verwendung den kirchlichen Behörden jede Kontrolle fehlt“. Der Erzbischof wies den Klerus an, die Wallfahrten nach Hasznos mit ganzer Autorität zu unterbinden.

Gleichzeitig meldet die rumänische Nachrichtenagentur Agerpreß, daß auch dort eine „Wundermanie“ durch das Land geht, die sich besonders um angebliche Erscheinungen in Ploesti konzentriert. Von Rumänien liegt keine Stellungnahme von kirchlicher Seite vor, weil dort gegenwärtig kein katholischer Bischof öffentlich amtieren kann.

Die Gleichzeitigkeit aller dieser Ereignisse ist höchst auffällig, und die ausländischen Beobachter neigen dazu, hierin wieder einmal einen kommunistischen Trick zu sehen, der darauf hinausläuft, die Kirche hinterher anzuklagen, daß sie das Volk beunruhigt und zum Narren gehalten habe, oder doch wenigstens durch die „Enthüllung“ dieses Schwindels ihr in den Augen der Leute einen Schlag zu versetzen. Die polnische Presse zeigte sich äußerst erregt über die Vorfälle in Lublin, und der Bischof wurde dafür verantwortlich gemacht. In Rumänien wurde der am 25. Juni gegründeten „Gesellschaft für Wissenschaft und Kultur“ die Aufgabe übertragen, gegen „Mystizismus und Aberglauben im Volk“ aufklärend zu wirken.

Sollte indes in diesen Ereignissen eine böse Absicht am Werk gewesen sein, dann ist sie im Enderfolg kaum auf ihre Kosten gekommen. Unter den hunderttausenden von Pilgern befanden sich große Mengen Jugendlicher, und die Kommunisten haben erkennen müssen, daß die Gläubigkeit des Volkes, wenn sie auch in diesem Falle irregeleitet war, bisher noch nicht im geringsten erschüttert ist.

#### **Aufhebung der Klöster in Rumänien**

Die rumänische Regierung veröffentlichte am 2. August ein Dekret, durch das die Ordensgemeinschaften praktisch aufgehoben werden. Ihre Anstalten, Schulen und Krankenhäuser waren schon im vergangenen Jahre konfisziert worden. Nachdem dies geschehen ist, sagt das Dekret,

sind die Ordensgemeinschaften mit Ausnahme der kontemplativen überflüssig geworden. Alle Mitglieder werden deshalb aufgefordert, binnen zwanzig Tagen zu erklären, ob sie das Ordensleben fortsetzen wollen. Für diejenigen, die sich dazu entschließen, werden 5 gemeinsame Klöster offengelassen, von denen eines in Bukarest liegt. Diejenigen Mitglieder, die sich nicht dazu entschließen, in eines dieser Klöster zu gehen, müssen beim Arbeitsamt um Beschäftigung nachsuchen. Von dieser Maßnahme werden ungefähr 1400 katholische Ordensmänner und Schwestern betroffen.

#### **Keine Versöhnung in Ungarn**

Das Finanzabkommen zwischen Kirche und Staat in Ungarn vom Januar d. J., wodurch die Regierung sich verpflichtete, als Ersatz für das säkularisierte Eigentum der Kirche Staatszuschüsse zu den Gehältern der Geistlichen zu gewähren, ist im Juli bis zum Ende des Jahres verlängert worden. Die Zuschüsse wurden um 15% gekürzt.

Das Abkommen hat keine Bedeutung für die Regelung der sonstigen Beziehungen, die seit dem Prozeß gegen Kardinal Mindszenty unverändert sind. Nach dem Prozeß ließ die Regierung durchblicken, es werde von der künftigen Einstellung der Bischöfe abhängen, ob das Schicksal des Kardinals im Revisionsverfahren erleichtert werden könne. Dieses Verfahren hat inzwischen stattgefunden und das Urteil der ersten Instanz bestätigt. Die Regierung hatte damals sogar einen formellen Schritt bei dem derzeitigen Doyen des Episkopates, Erzbischof Grosz von Kalocsa, unternommen, um ihn zur Anerkennung des Regimes zu bewegen. „The Tablet“ (23. 7. 49) ist in der Lage zu berichten, daß der Erzbischof erst im Juni hierauf geantwortet hat. Er hat die Abgabe einer politischen Erklärung seitens der Bischöfe mit der Begründung abgelehnt, daß die Kirche gemäß dem Willen der Regierung sich in politische Angelegenheiten nicht einmischen solle. Er nahm Gelegenheit, gleichzeitig zum Ausdruck zu bringen, daß die Wiederherstellung der kirchlichen Rechte eine Voraussetzung für die Normalisierung der Beziehungen sei. Kurz nach dieser Antwort wurde das Urteil gegen den Kardinal endgültig bestätigt. Die Haltung der ungarischen Bischöfe hat sich also trotz allen Druckes nicht geändert.

#### **Die Lage der Kirche in Litauen**

Die französische reformierte Wochenschrift „Réforme“ gibt neue Nachrichten aus Litauen wider (vgl. Herder-Korrespondenz Heft 8, S. 361), nach denen heute von den 14 Erzbischöfen und Bischöfen, die dort 1940 im Amt waren, nur noch ein einziger übrig ist. Die andern sind tot, erschossen oder deportiert. Die Zahl der Priester ist von 1646 auf 400 zurückgegangen. Die vier theologischen Seminare sind geschlossen, die Mitglieder der religiösen Orden zerstreut. Die Propaganda für eine nationale Kirche, die 1947 begonnen hat, wird immer intensiver betrieben. Pfarrkomitees, die sich aus zwanzig Personen zusammensetzen, von denen die Hälfte von der Regierung ernannt wird, sind damit beauftragt, die Pfarrer zu ernennen oder abzusetzen. Priester, die sich diesen Anordnungen nicht fügen, werden verschleppt.

Die Bevölkerung bleibt jedoch ihren rechtmäßigen Hirten treu; die Kirchen, in denen die „verfassungsmäßigen nationalen“ Geistlichen predigen, sind fast leer.

Im Anschluß an unseren Bericht in Heft 8, Seite 361 über die lateinische Seelsorge in der Sowjetunion teilen wir mit, daß die Regierung die Benutzung der katholischen Kirche in Moskau erschwert hat. Rechtsträger der Kirche mußte nach russischem Recht eine Gemeinschaft von zwanzig Laien sein. In den vergangenen Jahren hatten sich immer einige Polen und Litauer dazu bereitgefunden, die durch einige Mitglieder der ausländischen Kolonien der Hauptstadt ergänzt worden waren. Im vergangenen Jahre hatte die Regierung die eingereichte Liste zurückgewiesen und statt ihrer eine eigene aufgestellt, auf der nur Sowjetbürger benannt waren. Diese Gemeinschaft hat im Mai dieses Jahres dem amtierenden französischen Geistlichen der Kirche die Schlüssel entzogen. Der französische Botschafter protestierte, da die Kirche ursprünglich einer französischen Stiftung gehört.

Die Regierung hat daraufhin dem französischen Geistlichen die Seelsorge an russischen Bürgern ausdrücklich verboten und die Zahl seiner Gottesdienste für die Ausländer festgesetzt. Statt dessen hat sie einen zur Diözese Riga gehörigen Priester mit der Seelsorge für die russischen Bürger beauftragt. Es wird im Ausland angenommen, daß dieser Geistliche in seiner Amtstätigkeit beschränkenden Bedingungen unterworfen ist.

## Ökumenische Nachrichten

Am 9. Juli begann in Chichester (England) die diesjährige Tagung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates zur Erledigung laufender Angelegenheiten. In seiner Ansprache über die Frage „Was erwarten die Kirchen vom Ökumenischen Rat“ erklärte der Bischof von Chichester, Dr. G. K. A. Bell, u. a.:

„Die Kirchen erwarten vom Ökumenischen Rat — und besonders von seinem Zentralausschuß —, daß er alles daran setzt, was in seiner Macht steht, um diese über-nationale Einheit mit Nachdruck zu betonen, und wo eine andere klassen- oder rassenbestimmte über-nationale Einheit vertreten wird, mit um so stärkerer Überzeugungskraft die Einheit der Christen in Christus, und was in ihr beschlossen liegt, zu verkündigen. Die Kirchen erwarten vom Zentralausschuß, daß er in sich selbst eine Einheit, eine wirkliche Gemeinschaft in den persönlichen Beziehungen seiner Mitglieder in- und außerhalb seiner Zusammenkünfte bilde... Der Ökumenische Rat darf sich keinesfalls als eine einzige, in sich geschlossene, von den Kirchen unabhängige kirchliche Einheit betrachten. Vor allem sollten der Zentralausschuß und das Generalsekretariat die Stelle sein, bei der Christen (außerhalb der Kirche Roms) natürlicherweise Halt und Stärkung suchen“. Er solle ferner aussprechen, „was der christliche Glaube einer soliden Grundlage für das internationale und über-nationale Recht zu bieten hat“, und müsse „sich seiner Pflichten den Kirchen gegenüber entledigen, indem er weiterhin die Haltung weist, die die Christen gegenüber dem Kommunismus einnehmen sollten...“

„Die einzige feste Basis und der Schutz für die Menschenrechte, die Völkerordnung und das Völkerrecht“, erklärte der Primas der Kirche Norwegens, Bischof Berggrav, in einem Grußwort an den Zentralausschuß, „sind die fun-

damentalen Gebote des Schöpfers“. Nach einer längeren Aussprache stimmte der Ausschuß einmütig den Plänen für eine Studienkonferenz zu, die die Aufgabe haben wird, die christliche Haltung zum Naturrecht zu klären, unter entsprechender Mitarbeit von Laien, Juristen und Theologen. Die Konferenz wurde ermächtigt, der Tagung des Zentralausschusses 1950 hierüber einen Bericht vorzulegen. Der Präsident der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten, Baron van Asbeck, Universität Leyden, verglich den gegenwärtigen Stand des internationalen Rechts mit einem „Dschungel“ und forderte, daß zur größeren Weiterung des internationalen Rechts ein christliches Fundament gefunden werden müsse. Clifford Morehouse, Schriftleiter der Zeitschrift der amerikanischen Episkopalkirche „The Living Church“ betonte zur Frage der Rassenabsonderung, daß die Kirchen versäumt hätten, gemäß den Empfehlungen der Amsterdamer Vollversammlung über die Gleichstellung der Rassen zu handeln. Dr. Morehouse forderte, daß keine weitere Erklärung abgegeben werden sollte, bis die örtlichen Gemeinden diese Beschlüsse in ihrem täglichen Leben durchgeführt haben.

Bischof Dr. Hanns Lilje und Bischof D. Hans Meiser traten für eine Soforthilfe zugunsten der in Westdeutschland zusammengedrängten 10 Millionen Flüchtlinge ein. „Die Zeit ist gekommen“, erklärte D. Lilje, „wo wir dies nicht länger als ein Problem der christlichen Barmherzigkeit, sondern als ein Problem der internationalen Gerechtigkeit ansehen müssen“. Bischof Meiser berichtete, daß 70—90% dieser Flüchtlinge arbeitslos seien und daß sofort etwas geschehen müsse, um eine ‚Explosion‘ zu vermeiden, denn durch sie könne eine Kette von weiteren Explosionen in ganz Europa ausgelöst werden.

Auf dieser Tagung des Exekutivausschusses legte der Generalsekretär des Ökumenischen Rates, Dr. W. A. Visser't Hooft, seinen ersten Jahresbericht vor, dem wir folgendes entnehmen:

„Der Zentralausschuß des Ökumenischen Rates unternahm auf seiner Tagung im September vorigen Jahres anläßlich der Verhaftung eines seiner Mitglieder — Bischof Ordaß — entsprechende Schritte. Beschlußgemäß richtete der Vorsitzende an den ungarischen Ministerpräsidenten einen klaren und ausdrücklichen Protest, dem sich viele Kirchen und Kirchenführer anschlossen. Bischof Ordaß ist immer noch im Gefängnis, und wir gedenken seiner in fürbittender Anteilnahme. Inzwischen aber hat sich die Lage erheblich verschlimmert. Selbst wenn wir in Betracht ziehen, daß mitunter der Konflikt zwischen dem Staat und den Männern der Kirche eher politischer als religiöser Art war, ist dennoch unbestreitbar, daß systematisch versucht wird, die Kirche in eine Schablone zu zwingen, die ihr wesensfremd ist. Im ganzen gesehen kann man nicht von einer Religionsverfolgung sprechen... aber es besteht die Politik einer gewissen Einordnung der Kirchen, die ihnen nicht gestattet, ein öffentliches Zeugnis abzulegen, es sei denn, sie sind aufgefordert, in den offiziellen Chor zur Verherrlichung des neuen Regimes mit einzustimmen... Eine solche Einordnung der Kirchen ist nicht weniger gefährlich für die Reinheit und Freiheit der Kirche. Aufs ganze gesehen sind die Kirchen für diese Situation nicht vorbereitet gewesen, „die sie zwang, mit einem Schlage ihre Stellung des 18. Jahrhunderts, wo Kirche und Staat eng verbunden waren, mit der